

Becker, J./Rosemann, M./Schütte, R.: Grundsätze ordnungsmäßiger Modellierung. In: Wirtschaftsinformatik, 37. Jg. (1995), Nr. 5, S. 435 - 445.

Becker, J./Schütte, R.: Referenz-Informationsmodelle für den Handel: Begriff, Nutzen und Empfehlungen für die Gestaltung und unternehmensspezifische Adaption von Referenzmodellen. In: Krallmann, H. (Hrsg.): Wirtschaftsinformatik 97: Internationale Geschäftstätigkeit auf der Basis flexibler Organisationsstrukturen und leistungsfähiger Informationssysteme. Heidelberg 1997, S. 427 - 448.

Frank, U.: Modelle als Evaluationsobjekt: Einführung und Grundlegung. In: Heinrich, L.J. (Hrsg.): Evaluation und Evaluationsforschung in der Wirtschaftsinformatik: Handbuch für Praxis, Lehre und Forschung. München 2000, S. 339 - 352.

Ishikawa, K. (1985): What is Total Quality Control? The Japanese Way. Englewood Cliffs 1985.

Juran, J.M.: Basic Concepts. In: Juran, J.M./Gryna, F.M.; Bingham, R.S. (Hrsg.): Quality Control Handbook. 3. Aufl., New York 1974, S. 2.2 - 2.3.

Kawlath, A.: Theoretische Grundlagen der Qualitätspolitik. Wiesbaden 1969.

Krogstie, J./Lindland, O.I./Sindre, G.: Towards a Deeper Understanding of Quality in Requirements Engineering. In: Iivari, J./Lyytinen, K./Rossi, M. (Hrsg.): Advanced Information Systems Engineering. Berlin 1995, S. 82 - 95.

Kugeler, M.: Informationsmodellbasierte Organisationsgestaltung: Modellierungskonventionen und Referenzvorgehensmodell zur prozessorientierten Reorganisation. Berlin 2000.

Lindland, O.I./Sindre, G./Sølvberg, A.: Understanding Quality in Conceptual Modeling. In: IEEE Software, 11. Jg. (1994), Nr. 2, S. 42 - 49.

Maier, R.: Qualität von Datenmodellen. Wiesbaden 1996.

Moody, D.L./Shanks, G.G.: What Makes a Good Data Model? Evaluating the Quality of Entity Relationship Models. In: Loucopoulos, P. (Hrsg.): Entity-Relationship Approach - ER'94: Business Modelling and Re-Engineering. Berlin 1994, S. 94 - 111.

Rosemann, M.: Beschreibung und Gestaltung der Produktion auf der Basis Grundsätze ordnungsmäßiger Prozeßmodellierung. In: IDG (Hrsg.): Reengineering-Kongreß, Tagungsband. Frankfurt 1994, S. 52 - 86.

Rosemann, M.: Komplexitätsmanagement in Prozessmodellen: Methodenspezifische Gestaltungsempfehlungen für die Informationsmodellierung. Wiesbaden 1996.

Rosemann, M./Schwegmann, A.: Vorbereitung der Prozessmodellierung. In: Becker, J./Kugeler, M./Rosemann, M. (Hrsg.): Prozessmanagement: Ein Leitfaden zur prozessorientierten Organisationsgestaltung. 3. Aufl., Berlin 2002, S. 47 - 94.

Schütte, R.: Grundsätze ordnungsmäßiger Referenzmodellierung: Konstruktion konfigurations- und anpassungsorientierter Modelle. Wiesbaden 1998.

Schütte, R.: Evaluation von Informationsmodellen. In: Heinrich, L.J. (Hrsg.): Evaluation und Evaluationsforschung in der Wirtschaftsinformatik: Handbuch für Praxis, Lehre und Forschung. München 2000, S. 367 - 382.

Schwegmann, A.: Management komplexer Prozessmodelle. In: Handbuch der Modernen Datenverarbeitung - Praxis der Wirtschaftsinformatik. 37. Jg. (2000), Nr. 213, S. 80 - 88.

vom Brocke, J.: Referenzmodellierung: Gestaltung und Verteilung von Konstruktionsprozessen. Berlin 2003.

BASISWISSEN VWL

Die Zahlungsbilanz

Die Zahlungsbilanz für **Deutschland** wird von der **Deutschen Bundesbank** erstellt. Seit Anfang 1999 veröffentlicht die **Europäische Zentralbank** (zusätzlich) eine **gemeinsame Zahlungsbilanz für den Euro-Währungsraum**. Die notwendigen Daten werden von den Institutionen geliefert, die für die nationalen Zahlungsbilanzstatistiken zuständig sind.

In der Zahlungsbilanz werden die **Transaktionen**, die **während eines bestimmten Zeitraumes** (monatlich, vierteljährlich, jährlich) **zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden** stattfinden, abgebildet. Dabei werden Gebietsansässige auch als Inländer bezeichnet, Gebietsfremde als Ausländer. Die Zahl der Gebietsansässigen ändert sich naturgemäß mit der **Abgrenzung des Berichtsgebietes** (z.B. Deutschland vs. Euro-Währungsraum).

Entgegen dem traditionell mit dem Begriff „**Bilanz**“ verbundenen Verständnis handelt es sich bei der **Zahlungsbilanz nicht** um eine **Bestandsrechnung** (Erfassung von Beständen zu einem bestimmten Zeitpunkt), sondern um eine **Stromrechnung** (Bewegungen während eines Zeitraumes). Die Erfassung erfolgt nach dem **Prinzip der doppelten Buchführung zu Transaktionswerten**. Zweiseitige Transaktionen, die den überwiegenden Teil ausmachen, werden mit Leistung und Gegenleistung erfasst. Bei einseitigen Transaktionen erfolgt die Gegenbuchung bei „laufenden Übertragungen“ bzw. unter der Rubrik „Vermögensübertragungen“. Statistisch muss die **Zahlungsbilanz als Ganzes** folglich

immer ausgeglichen sein, d.h., die Salden der einzelnen Teilbilanzen müssen sich zu Null addieren.

Grundlage für die Erstellung der Zahlungsbilanz sind die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) formulierten **Prinzipien zur Zahlungsbilanzerstellung** aus dem Jahre 1993. Um veränderten wirtschaftlichen Bedingungen und erhöhten analytischen Anforderungen Rechnung zu tragen, fand dabei eine Reihe von Neuerungen Eingang in die Zahlungsbilanzstatistik.

Struktur der Zahlungsbilanz	
Einnahmen und Kapitalimporte	Ausgaben und Kapitalexporte
Warenausfuhr Dienstleistungen (Einnahmen)	Wareneinfuhr Dienstleistungen (Ausgaben)
Außenbeitrag	
Erwerbs- und Vermögenseinkommen (empfangene Faktoreinkommen)	Erwerbs- und Vermögenseinkommen (geleistete Faktoreinkommen)
Laufende Übertragungen (empfangen)	Laufende Übertragungen (geleistet)
Vermögensübertragungen (empfangen)	Vermögensübertragungen (geleistet)
Finanzierungssaldo	
Kapitalimporte (Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland bzw. Abnahme von Forderungen an das Ausland)	Kapitalexporte (Zunahme von Forderungen an das Ausland bzw. Abnahme von Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland)

Abb. 1: Struktur der Zahlungsbilanz

In Abb.1 besteht die Zahlungsbilanz aus drei Teilbilanzen: der **Leistungsbilanz** (LB), dem **Saldo der Vermögensübertragungen** (VÜB) und der **Kapitalbilanz** (KB). Seit der Erstellung der Zahlungsbilanz für das Jahr 2005 umfasst die Kapitalbilanz auch die **transaktionsbedingten Änderungen der Währungsreserven** der Deutschen Bundesbank, die zuvor in einer separaten Teilbilanz, die auch **Devisenbilanz** genannt wurde, ausgewiesen wurden. Damit hat sich die Deutsche Bundesbank den internationalen Empfehlungen zur Zahlungsbilanzstatistik angepasst. Die **korrespondierenden Salden** aus der **Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung** (VGR) sind – fett hervorgehoben – in das Zahlungsbilanzschema eingefügt.

Leistungsbilanz

Die Leistungsbilanz wird in der Regel in die vier wiedergegebenen Unterbilanzen unterteilt. Gelegentlich wird die Leistungsbilanz aber auch in die Positionen **Warenhandel** (Warenaus- bzw. -einfuhr) und **Saldo der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen** aufgeteilt. In letztere (Sammel-)Position gehen die Dienstleistungen, die Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie die laufenden Übertragungen ein.

Eine erste Änderung in der Aufteilung der Leistungsbilanz gegenüber dem früheren Vorgehen liegt dabei in der Herauslösung der grenzüberschreitenden **Faktoreinkommen** (Kapitalerträge und Einkommen aus unselbständiger Arbeit) aus den Dienstleistungen. Grenzüberschreitende Faktoreinkommen werden nun als **Erwerbs- und Vermögenseinkommen** separat erfasst.

Eine zweite Änderung wurde bei den Übertragungen vorgenommen. Enthielt die Leistungsbilanz früher alle unentgeltlichen Übertragungen, wird jetzt zwischen **laufenden Übertragungen** (z.B. Zahlungen an den Haushalt der Europäischen Union, Heimatüberweisungen der in Deutschland lebenden ausländischen Arbeitnehmer, Entwicklungshilfe) und **Vermögensübertragungen** (z.B. Erbschaften, Schuldenerlasse) unterschieden. Nur noch die erste Kategorie wird nach heutiger Abgrenzung der Leistungsbilanz zugeordnet.

Dahinter steht der Gedanke, dass nur noch solche Übertragungen im Rahmen der Leistungsbilanz betrachtet werden sollen, die über eine unmittelbare **Veränderung des „verfügbaren Einkommens“** Einfluss auf Einkommen und Verbrauch nehmen. Bei **Vermögensübertragungen**, die sich durch einen „einmaligen“ Charakter auszeichnen, ist dies nicht direkt der Fall, da diese zunächst nur das Vermögen der beteiligten Länder verändern, nicht jedoch unmittelbar das „verfügbare Einkommen“. Allerdings können in einem zweiten Schritt „**Vermögenseffekte**“ wirksam werden, d.h. eine Änderung der Vermögensposition kann – ökonomisch betrachtet – auch hier auf das Nachfrageverhalten der Wirtschaftssubjekte und somit auf Einkommen und Verbrauch zurückwirken. Ökonomisch gesehen ist die Unterscheidung in laufende Übertragungen und Vermögensübertragungen also eher zweifelhaft.

Eine Rubrik für Übertragungen ist notwendig, da Transfers sonst nicht gegengebucht werden könnten. Dies soll anhand eines einfachen Beispiels erläutert werden. Angenommen, im Zuge der Entwicklungshilfe erfolgt eine unentgeltliche Lieferung von Transportfahrzeugen. In der Zahlungsbilanz wird dies zunächst als Ausfuhr von Waren erfasst. Wäre diese Ausfuhr gegen Entgelt durchgeführt worden, so hätte die Gegenbuchung in der Kapitalbilanz erfolgen müssen, und zwar als Kapitalexport (Zunahme der Forderungen gegenüber dem Ausland). Im Falle der unentgeltlichen Lieferung steht der Ausfuhr jedoch kein entsprechender Zuwachs an Forderungen gegenüber. Um diese Gegenbuchung vornehmen zu können, ist eine eigene Rubrik außerhalb der Kapitalbilanz notwendig. Der Zunahme der Ausfuhr

ren steht also eine Zunahme der geleisteten laufenden Übertragungen gegenüber. Anders liegt der Fall, wenn die Bundesregierung Zahlungen an den EU-Haushalt leistet. Diese Transaktion stellt eine geleistete laufende Übertragung dar, deren Gegenbuchung als Kapitalimport erfolgt.

Der **Leistungsbilanzsaldo** entspricht – unter Einbeziehung des Saldos der Vermögensübertragungen – dem **Finanzierungssaldo** aus der VGR. Ist der Saldo aus Leistungsbilanz und Vermögensübertragungen positiv, hat dies per Saldo eine Zunahme der Forderungen, also eine Erhöhung der **Nettoposition**, gegenüber dem Ausland zur Folge. Anders formuliert kam es in der Berichtsperiode zu einem Finanzierungsüberschuss. Im umgekehrten Fall hat in der Berichtsperiode per Saldo die Zunahme der Verbindlichkeiten hingegen überwogen, was zu einem Rückgang der Nettoposition gegenüber dem Ausland führt. Es lag also ein Finanzierungsdefizit vor. Der Finanzierungssaldo ist somit identisch mit der transaktionsbedingten Veränderung der Nettoposition gegenüber dem Ausland oder – anders formuliert – der **transaktionsbedingten Veränderung des Netto-Auslandsvermögens**.

Kapitalbilanz

Beim Kapitalverkehr („Kapitalbilanz“) wurde im Zuge der Revision der IWF-Empfehlungen die herkömmliche Unterscheidung in lang- und kurzfristige Transaktionen (weitgehend) aufgegeben. Die **Gliederung** erfolgt nun **nach funktionalen Kriterien** in Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen, Finanzderivate, übriger Kapitalverkehr und Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank zu Transaktionswerten.

Im Rahmen der Kapitalbilanz werden Kapitalimporte Kapitalexporten gegenübergestellt. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Euro- oder um Fremdwährungstransaktionen handelt. Da die **deutsche Zahlungsbilanz in Euro erstellt** wird, werden **Fremdwährungstransaktionen** – z.B. der Kauf von US-Dollar-Anleihen eines ausländischen Emittenten durch Gebietsansässige oder der Erwerb von US-Dollar-Anleihen, die von einer inländischen Bank emittiert wurden, durch Gebietsfremde – mit ihrem **Euro-Gegenwert** in der Zahlungsbilanz erfasst.

Unter **Kapitalimporten** versteht man Transaktionen, die entweder zu einer **Zunahme der Verbindlichkeiten** gegenüber dem Ausland oder zu einer **Abnahme der Forderungen** an das Ausland führen. Bezieht etwa ein deutscher Importeur ausländische Waren auf Ziel, so stellt diese Lieferantenverbindlichkeit ebenso einen Kapitalimport dar wie z.B. der Erwerb von Bundesanleihen durch Ausländer oder die Auflösung von Auslandsbeteiligungen durch ein inländisches Unternehmen.

Kapitalexporte hingegen umfassen die **Zunahme von Forderungen** bzw. die **Abnahme von Verbindlichkeiten** gegenüber Ausländern. So fällt unter Kapitalexporte z.B. der Lieferantenkredit, den ein inländischer Exporteur seinem ausländischen Kunden einräumt. Analog stellt der Erwerb von Einlagen bei ausländischen Banken durch Inländer sowie die Auflösung von Auslandseinlagen oder eine Kreditaufnahme von Gebietsfremden bei den Geschäftsbanken im Inland einen Kapitalexport dar.

Übersteigen in der Berichtsperiode die Kapitalexporte die Kapitalimporte, so spricht man von **Nettokapitalexporten**, im umgekehrten Fall von **Nettokapitalimporten**. Im ersten Fall kommt es (transaktionsbedingt) zu einer Zunahme, im zweiten Fall zu einer Abnahme der **Nettoposition**, also dem **Saldo aus Forderungen minus Verbindlichkeiten** gegenüber dem Ausland. Nettokapitalexporte in der Zahlungsbilanz entsprechen also einem Finanzierungsüberschuss, Nettokapitalimporte einem Finanzierungsdefizit in der VGR.

SPIELTHEORIE

Die Spieltheorie analysiert Handlungsstrategien für Systeme mit vorgegebenen Regeln. Sie untersucht das vorhergesagte und tatsächliche Verhalten der Akteure und entwickelt optimale Strategien.

Sequentielles Spiel bei vollständiger und unvollständiger Information

Während die Spieler ihre Aktionen in einem **simultanen** Spiel gleichzeitig ausführen, werden sie in einem **sequentiellem** Spiel nacheinander ausgeführt. Die Informationslage ist dann **vollständig**, wenn jeder Spieler alle Spielzüge der anderen Spieler beobachten kann, also allen Spielern alle Informationen über alle Akteure zur Verfügung stehen. Die **vollkommene** Informationslage bezieht sich hingegen auf die Auszahlungen. Sie liegt dann vor, wenn allen Spielern alle eigenen Auszahlungen und die der anderen Spieler bekannt sind.

Markteintrittsspiel

Hier geht es um ein sequentielles Markteintrittsspiel bei vollständiger und unvollständiger Information. Bei der unvollständigen Information liegen einem Spieler nicht alle Informationen über den Charakter der anderen Spieler vor. Allerdings sind allen Spielern sämtliche Auszahlungen bekannt, so dass es sich um ein Spiel mit vollkommener Information handelt.

Auf einem Markt gibt es nur einen Anbieter (M), der in jeder Periode einen Monopolgewinn von 100 Geldeinheiten (GE) macht. Dringt ein anderes Unternehmen in den Markt ein, verringert sich sein Gewinn. Es gibt zwei Typen von potenziellen Eindringlingen (E): der starke und der schwache Konkurrent. Zunächst entscheidet die Natur (N) über den Typ des Konkurrenten. Beide Typen seien ex ante gleich wahrscheinlich ($p = 0,5$). Dringt ein schwacher Konkurrent in den Markt ein, ist es für den Monopolisten besser, sich aggressiv zu verhalten ($50 > 40$). Dringt hingegen ein starker Konkurrent ein, ist es besser, sich friedlich zu verhalten ($40 > -10$). Der Spielbaum ist in der Abbildung dargestellt. Die Gewinne des Monopolisten sind fett hervorgehoben.

Wird sich der Monopolist bei Markteintritt eines Konkurrenten **aggressiv** oder **friedlich** verhalten? Das hängt davon ab, ob dem Monopolisten der Charakter des Konkurrenten bekannt ist oder nicht. Bei vollständiger Information ist das Spiel durch die **Methode der Rückwärtsinduktion** lösbar.

Lösung bei vollständiger Information

Tritt ein **starker Konkurrent** ein, erhält der Monopolist bei friedlichem Verhalten eine Auszahlung von 40 GE und bei aggressivem Verhalten von -10 GE. Der Monopolist wird sich also friedlich verhalten. Da der Konkurrent auf der vorgelagerten Spielstufe das Verhalten des Monopolisten antizipiert, vergleicht er den Gewinn bei Markteintritt (40 GE) mit dem Gewinn bei Fernbleiben (0 GE) und entscheidet sich für den

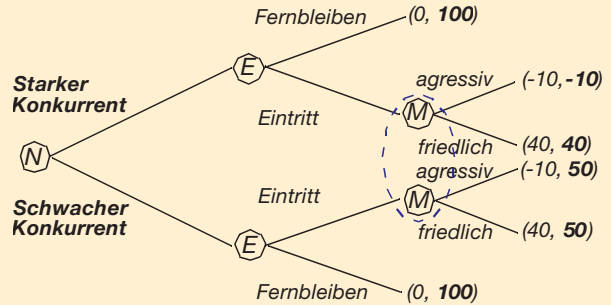


Abb.: Spielbaum des Markteintritts

Markteintritt. Das Gleichgewicht ist somit **(Eintritt/friedlich)**.

Tritt ein **schwacher Konkurrent** in den Markt ein, würde der Monopolist bei friedlichem Verhalten eine Auszahlung von 40 GE und bei aggressivem Verhalten eine Auszahlung von 50 GE erhalten. In diesem Fall würde sich der Monopolist aggressiv verhalten. Der Konkurrent antizipiert das Verhalten des Monopolisten und vergleicht den Gewinn bei Markteintritt (-10 GE) mit dem Gewinn bei Fernbleiben (0 GE) und entscheidet sich gegen den Markteintritt. Das Gleichgewicht ist somit **(Fernbleiben/aggressiv)**.

Gleichgewicht bei unvollständiger Information

Damit existieren bei vollständiger Information zwei teilspielperfekte Gleichgewichte. Im Fall der unvollständigen Information besteht das Problem, dass der **Monopolist nicht beobachten** kann, um **welchen Typ** es sich beim Eindringling handelt. Tritt er in den Markt ein, weiß er also nicht, an welchem Entscheidungsknoten er sich befindet (gekennzeichnet durch die ovale Fläche in der Abbildung). Es könnte für den schwachen Konkurrenten durchaus von Vorteil sein, in den Markt einzutreten, da der Monopolist möglicherweise davon ausgeht, er sei stark ist. Wie sieht ein Gleichgewichtskonzept bei unvollständiger Information aus?

Das gängige Lösungskonzept für Spiele mit unvollständiger Information ist das **perfekte bayesianische Gleichgewicht**. Dabei maximieren alle Spieler ihren Erwartungsnutzen als Funktion der Wahrscheinlichkeitsverteilung über die Typen der anderen und der vorhergehenden Spielzüge. Die Spielzüge werden in der Regel dazu verwendet, den Informationsstand über die Wahrscheinlichkeitsverteilung zu verbessern.

Der **Monopolist** verhält sich dann aggressiv, wenn der erwartete Gewinn aus dieser Handlung den erwarteten Gewinn der friedlichen Handlung übersteigt. Zunächst muss der Monopolist in Abhängigkeit von den potenziellen Auszahlungen die kritische Wahrscheinlichkeit q schätzen:

$$q \cdot (-10) + (1 - q) \cdot 50 = q \cdot 40 + (1 - q) \cdot 40.$$

Durch Auflösung der Gleichung nach q erhält man $q = 1/6$. Dies bedeutet, dass der Monopolist sich nur dann aggressiv verhalten wird, wenn er glaubt, dass die Wahrscheinlichkeit, einem starken Konkurrenten gegenüberzustehen kleiner ist als $1/6$. Andernfalls wird er sich friedlich verhalten.

Doch wie soll sich der **Konkurrent** vor seinem geplanten Markteintritt verhalten? Er weiß, dass der Monopolist nicht mit einer Wahrscheinlichkeit von Eins eine bestimmte Strategie wählt, sondern entsprechend seiner Einschätzung, um welche Art von Konkurrent es sich handelt. Er muss berücksichtigen,

dass er – unabhängig davon, ob er ein starker oder schwacher Konkurrent ist – nur dann einen Gewinn erzielen wird, wenn sich der Monopolist friedlich verhält. Läge die Einschätzung des Monopolisten für starke Konkurrenten z.B. nur bei $q = 0,1$, würde der Monopolist immer aggressiv spielen und kein potenzieller Konkurrent – sei er auch noch so stark – würde in den Markt eintreten. Damit hängt das **Gleichgewicht** allein von der **Wahrscheinlichkeitseinschätzung des Monopolisten** ab. Da der Monopolist seine Information über den Konkurrenten nicht verbessern kann, ist es eine sinnvolle Lösung bei einem perfekten bayesianischen Gleichgewicht, wenn er unterstellt, dass beide Typen mit gleicher Wahr-

scheinlichkeit in den Markt eintreten, er somit die ex ante Wahrscheinlichkeitsverteilung ($p = 0,5$) übernimmt und sich bei einem Markteintritt friedlich verhält, da $p = 0,5 > q = 1/6$. In Kenntnis dieses Verhaltens wird sich der Konkurrent dann stets für einen Markteintritt entscheiden, auch wenn er weiß, dass er ein schwacher Konkurrent ist.

Dipl.-Kfm. Claus Neuser/
PD Dr. Georg Stadtmann, Vallendar

Literaturempfehlung:

Feess, E.: Mikroökonomie: Eine spieltheoretisch- und anwendungsorientierte Einführung. 2. Aufl., Marburg 2000.

Unter den Begriff **Direktinvestitionen** werden diejenigen wirtschaftlichen Beziehungen subsumiert, die ihrer Natur nach durch ein besonders intensives, auf **anhaltende Einflussnahme** gerichtetes unternehmerisches Engagement geprägt sind. Hierunter fallen vor allem **Beteiligungen über zehn Prozent** (in Form von Aktien und anderen Kapitalanteilen), aber auch damit zusammenhängende langfristige Darlehen und der Erwerb von Immobilien.

Kapitalverkehrskontrollen, also staatlich verfügte Beschränkungen des Kapitalverkehrs, richten sich in der Regel nicht gegen Direktinvestitionen, sondern gegen kurzfristig ausgerichtete Kapitalströme (**Portfolioinvestitionen**), da sich diese Kapitalbewegungen im Gegensatz zu Direktinvestitionen als besonders volatil erwiesen haben, was – bei entsprechenden Größenordnungen – nicht ohne Rückwirkungen auf den Wechselkurs einer Währung bleibt. So kann etwa der Erwerb von Wertpapieren durch Gebietsfremde verboten werden. Die Abschottung gegen bestimmte ausländische Kapitalzuflüsse führt zwar dazu, dass es kein „Material“ gibt, welches ausländische Investoren kurzfristig abstoßen können, so dass von dieser Seite kein Druck auf die Währung ausgeübt werden kann. Die Kehrseite der Medaille ist aber, dass sich ein Land mit solchen Maßnahmen **Finanzierungsmöglichkeiten im Ausland** verschließt, was gerade für Länder mit hohem Kapitalbedarf besonders schmerzhaft ist, da dadurch der Industrialisierungsprozess behindert wird.

Im Rahmen des Kapitalverkehrs werden zwei Arten von Transaktionen erfasst: zum einen leistungsbilanz- bzw. von Vermögensübertragungen induzierte, zum anderen autonome Kapitalbewegungen, also **reine Finanztransaktionen**. Während erstere zu einer Veränderung der Höhe der Nettosition gegenüber dem Ausland, also zu Nettokapitalimporten bzw. Nettokapitalexporten führen, können autonome Kapitalbewegungen, da sie reine Finanztransaktionen darstellen und somit auch ihre Gegenbuchung in der Kapitalbilanz erfolgt, die **Höhe der Nettosition nicht verändern**. Angenommen, ein deutsches Unternehmen entschließt sich, im Ausland eine Beteiligung zu erwerben, so hat dies für sich genommen eine Zunahme der Forderungen gegenüber dem Ausland zur Folge, stellt also einen Kapitalexport dar. Auf der anderen Seite muss dieses Unternehmen aber auch eine Gegenleistung erbringen. Diese kann beispielsweise darin bestehen, dass es zur Bezahlung des Kaufpreises Bankguthaben im Ausland abbaut. Damit jedoch nehmen die Forderungen an das Ausland ab, was einen Kapitalimport darstellt. Reine Kapitaltransaktionen (Finanztransaktionen) können also nicht zu einer Veränderung der Nettosition führen, da beide Seiten der Kapitalbilanz gleichzeitig angesprochen werden.

„**Veränderungen der Währungsreserven**“ erfassen transaktionsbedingte Veränderungen, nicht hingegen bewertungsbedingte Veränderungen der Währungsres-

erven der Zentralbank. Die Währungsreserven bestehen dabei aus den **Goldbeständen, der IWF-Position und liquiden Fremdwährungsforderungen** gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes (u.a. Devisen). Um auf den ersten Blick **Informationen** über Veränderungen bei den von der Zentralbank gehaltenen **offiziellen Währungsreserven** zu erhalten, kommt es zu einem **separaten Ausweis** innerhalb der Kapitalbilanz. Hier werden aber nur Veränderungen bei den Währungsreserven der Zentralbank, nicht jedoch Veränderungen der Verbindlichkeiten und der sonstigen Forderungen (z.B. Kredite an die Weltbank) der Zentralbank gegenüber dem Ausland erfasst. Letztere finden ihren Niederschlag in den übrigen Rubriken der Kapitalbilanz.

Kauft die Deutsche Bundesbank Währungsreserven von Gebietsfremden, so nehmen ihre Währungsreserven (Forderungen an das Ausland) zu. Andererseits aber steigen zugleich die Verbindlichkeiten der Zentralbank gegenüber dem Ausland, da die Deutsche Bundesbank – als Gegenleistung für die Überlassung der Währungsreserven – den Gebietsfremden den entsprechenden Euro-Gegenwert auf deren Konten bei ihr gutschreiben muss. Die Transaktion findet also einerseits Niederschlag in der Rubrik „Veränderungen der Währungsreserven“ in der Kapitalbilanz als Kapitalexport (Zunahme der Währungsreserven der Zentralbank) und andererseits in der Rubrik „übriger Kapitalverkehr“ in der Kapitalbilanz als Kapitalimport (Zunahme der Verbindlichkeiten der Zentralbank gegenüber Gebietsfremden). Wenn die **Zentralbank die Devisen** nicht von Gebietsfremden, sondern **von Gebietsansässigen**, also in der Regel von inländischen Kreditinstituten, **erwirbt**, erhöhen sich zwar auch die Währungsreserven der Zentralbank (Zunahme der Währungsreserven der Zentralbank). Zugleich aber vermindern sich die Devisenbestände der Geschäftsbanken, d.h. ihre Forderungen gegenüber Gebietsfremden sinken. In der Zahlungsbilanz erfolgt deshalb die „Gegenbuchung“ als Kapitalimport in der Rubrik „übriger Kapitalverkehr“ in der Kapitalbilanz. Hierbei handelt es sich **zahlungsbilanztechnisch** allerdings um einen **Spezialfall**, da bei dieser Transaktion unmittelbar **keine Gebietsfremden** beteiligt sind.

Zahlungsbilanzen für das Jahr 2005

Abb. 2 zeigt die von der Deutschen Bundesbank erstellte Zahlungsbilanz für Deutschland und die von der Europäischen Zentralbank erstellte Zahlungsbilanz für das Euro-Währungsgebiet für das Jahr 2005. Aufgrund von Leistungsbilanztransaktionen und Vermögensübertragungen nahm im Berichtszeitraum transaktionsbedingt die **Nettoposition der Bundesrepublik** gegenüber dem Ausland (das Netto-Auslandsvermögen) um 90,9 Mrd. Euro zu, die des **Euro-Währungsgebietes** gegenüber dem Rest der Welt um 16,8 Mrd. Euro ab.

Allerdings entspricht eine solche transaktionsbedingte Veränderung nicht zwangsläufig auch der tatsächlichen

Zahlungsbilanz 2005 ^{a)} (in Mrd. Euro)	Deutschland	Euro- Währungsgebiet
I. Leistungsbilanz		
1. Außenhandel ^{b)}	+ 140,4	+ 58,5
2. Dienstleistungen	- 27,9	+ 31,4
3. Erw.- u. Vermögens-Eink.	+ 8,6	- 53,0
4. Lfd. Übertragungen	- 28,9	- 66,0
	+ 92,2	- 29,0
II. Vermögensübertragungen	- 1,3	+ 12,2
III. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)		
1. Direktinvestitionen	- 10,4	- 155,3
2. Wertpapiere	- 13,9	+ 142,6
3. Finanzderivate	- 4,7	- 15,9
4. übriger Kapitalverkehr ^{c)}	- 73,2	+ 49,3
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme-)	+ 2,2	+ 18,9
	- 100,1	+ 39,6
IV. Restposten^{d)}	+ 9,1	- 22,7

Abb. 2: Zahlungsbilanzen 2005 für Deutschland und das Euro-Währungsgebiet

a) Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 2006, S. 27; Europäische Zentralbank, Monatsbericht März 2006, S. S55 (Rundungsdifferenzen).

b) Einschl. Ergänzungen zum Warenverkehr. Der Korrekturposten „Ergänzungen zum Warenverkehr“ ist notwendig, weil die im Rahmen der Außenhandelsstatistik vom Statistischen Bundesamt ermittelten Aus- und Einfuhren anders als in der Zahlungsbilanzstatistik abgegrenzt werden. Während im Rahmen der Außenhandelsstatistik

der Grenzübergang ausschlaggebend ist, ist im Rahmen der Zahlungsbilanzstatistik der Eigentumsübergang maßgebend.

c) Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen.

d) Da die Angaben, die zur Erstellung der einzelnen Teilbilanzen herangezogen werden, aus verschiedenen nicht aufeinander abgestimmten Quellen stammen und Erfassungslücken, Erfassungsfehler sowie Bewertungsdifferenzen unvermeidbar sind, ist ein Restposten notwendig, um die Zahlungsbilanz statistisch zum Ausgleich zu bringen.

Veränderung des Netto-Auslandsvermögens, da dieses auch bewertungsbedingten Einflüssen ausgesetzt ist. Bewertungsbedingte Veränderungen des Netto-Auslandsvermögens, die naturgemäß in Zeiten starker Kurschwankungen auf den Finanzmärkten (Aktien-, Devisen-, Rentenmärkte) nicht zu vernachlässigen sind, werden im Rahmen der Zahlungsbilanz nicht erfasst. Im Jahr 2005 hat das **deutsche Netto-Auslandsvermögen** einen neuen historischen **Höchststand** erreicht. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen lag es schätzungsweise bei 15 Prozent (vgl. Deutsche Bundesbank 2006, S. 25 Fußnote 7).

Prof. Dr. Karlheinz Ruckriegel, Nürnberg

Literaturempfehlungen:

Deutsche Bundesbank: Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2005. Monatsbericht März 2006, S. 17 - 36.

Görgens, E./Ruckriegel, K.: Grundzüge der makroökonomischen Theorie. 9. Aufl., Bayreuth 2005.

IN DER DISKUSSION

Strategieansätze auf gesättigten Märkten: Der deutsche Zeitungsmarkt

Die deutschen Zeitungsverlage stecken in einer der schwersten Krisen der Nachkriegszeit. Diese Krise ist nicht nur konjunkturell, sondern auch strukturell bedingt. Da der Tageszeitungsmarkt ein gesättigter Markt ist, wird das Überleben vieler Verlage davon abhängen, ob es ihnen gelingt, neue attraktive bzw. wachstumsstarke Geschäftsfelder zu erschließen.

Die Ausgangssituation

Spätestens seit dem wirtschaftlichen Ausnahmejahr 2000 zeigen sich die Probleme der deutschen Zeitungsverlage: **rückläufige Werbeeinnahmen** und **sinkende Auflagenzahlen** (vgl. ZAW 2005, S. 212; Schütz 2005, S. 206). Die Werbeeinnahmen machen heute nur noch gut die Hälfte der Erlöse aus, während sie in den 90er Jahren einen Anteil von 66 Prozent hatten. Das ist nicht nur auf die schlechte konjunkturelle Lage, sondern auch auf die zunehmende Konkurrenz der elektronischen Medien zurückzuführen. Insbesondere Rubriken-Anzeigen wandern vermehrt ins Internet ab.

Die Probleme auf dem Werbemarkt resultieren letztlich aus den Problemen auf dem Lesermarkt: Der **geringe Anteil jugendlicher Zeitungsleser** ist schon seit geraumer Zeit zu einem Problem der Tageszeitungsverlage geworden, das sich durch die **Attraktivität neuer Medien** weiter verstärkt (vgl. Haller 2005, S. 2; Goldbeck 2005, S. 154 ff.). Hinzu kommt, dass **Medien** zunehmend **anders genutzt werden**, was sich nicht nur bei jugend-

lichen Zielgruppen nachteilig bemerkbar macht (vgl. Gerhards/Klingler 2003, S. 129). Die sinkende Leserzahl hat auch einen Rückgang beim Anzeigengeschäft zur Folge (**Anzeigen/Auflagen-Spirale**).

Darüber hinaus wird die negative Entwicklung auf dem Tageszeitungsmarkt durch die **Verlagsstrukturen** beeinflusst: In managergeführten Unternehmen ist die Verlagspolitik wegen der oft kurzen Vertragslaufzeiten der Geschäftsführer zu kurzfristig orientiert, während die Nachfolgeprobleme bei Verlagen, die vom Eigentümer geführt werden, nicht selten zu einem eher zögerlichen Verhalten oder einer Übergangsstrategie beitragen. Beides führt kaum zu langfristig ausgelegten, innovativen Strategien (vgl. Breyer-Mayländer 2003, S. 110 ff.).

Die eher zögerliche Innovationspolitik vieler Verlage ist auch auf den geringen Wettbewerb, vor allem bei den Regionalzeitungen (vgl. Röper 2004, S. 270; Röper 2002, S. 479), und darauf zurückzuführen, dass die Branche lange Zeit durch gute Renditen verwöhnt wurde.

Die meisten Zeitungsverlage reagierten auf die neue Entwicklung vor allem mit Kosteneinsparungsmaßnahmen. Neben dieser inzwischen weitgehend abgeschlossenen innerbetrieblichen Reorganisation sind jetzt vermehrt marktorientierte Initiativen zu beobachten (vgl. Röper 2004, S. 268). So entwickeln einige Verlage innovative Produkte und Formate, um das Kerngeschäft zu stärken, oder sie suchen nach neuen Geschäftsideen,